



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 20.04.2016, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Innenstadtentwicklung: Rückblick und Ausblick**

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und leitet dann zur Filmpräsentation des Filmclubs zur die Revitalisierung des Marstalls „Neueröffnung Marstall 2015“, über.

Zum Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1 bis 1.4.

TOP 1.1 **Filmpräsentation des Filmclubs über die Revitalisierung des Marstalls "Neueröffnung Marstall 2015"**

Beratungsverlauf:

Der Film zeige die Maßnahmen zur Revitalisierung des Marstalls. Das Marstall solle ein Treffpunkt für alle werden, wo man essen, shoppen und Pause machen miteinander verbinden könne, so Frau Anne **Marschner**, Centermanagerin von ECE im Film. Die Umbaumaßnahmen an der Kirchstraße sollten die Besucher mit einem attraktiven Ambiente empfangen. Die äußere Betonoptik sei verschwunden und gegen eine neue Verkleidung aus hellem Naturstein ersetzt worden. Auch die Tiefgarage habe man neu und hell gestaltet. Die ursprüngliche Nutzung des Marstalls, als königlicher Pferdestall, stehe zentral im Mittelpunkt der Neugestaltung. Besucher des Marstalls seien begeistert von den Umbaumaßnahmen und dem Konzept.

OBM **Spec** freut sich, dass sich der Mut zu unkonventionellen Maßnahmen gelohnt habe. Er sei hochzufrieden mit den Ergebnissen und bezeichnet die Revitalisierung des Marstalls als einen der großen Meilensteine in diesem Jahrzehnt. Dennoch sehe er weiteren Handlungsbedarf in Bezug auf die Gestaltung des äußeren Umfelds des Marstalls. OBM Spec bedankt sich bei den Verantwortlichen des Filmclubs für die Zusammenstellung des Filmmaterials und bei den Mitgliedern des Gemeinderates für deren Unterstützung und dafür, auch ungewöhnliche Schritte mit der Verwaltung gemeinsam gegangen zu sein.

Das Gremium spricht seine Anerkennung für die gelungene Revitalisierung des Marstalls aus.

Beschluss:

Entwurfsbeschluss

Die Planung des Büros Zoll Architekten-Stadtplaner, Merksheimer Straße 60, 70435 Stuttgart, vom 24.03.2016 zur Gestaltung der Lindenstraße zwischen Holzmarkt und Körnerstraße wird als Entwurf beschlossen (Anlage 1).

Die Entscheidung zur Parkierung (Anlage 2) und zur verkehrsrechtlichen Regelung des Übergangs der Fußgängerzone Kirchstraße über die Lindenstraße erfolgt im Rahmen des Bau- und Vergabebeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 33 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** teilt mit, dass dieser Entwurfsbeschluss intensiv im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt diskutiert und dabei auch über die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung informiert worden sei. Bislang gebe es noch keine Entscheidung darüber, ob in Zukunft auf beiden Seiten, nur auf einer Seite oder vielleicht sogar überhaupt nicht in der Lindenstraße geparkt werden solle. Unbeantwortet sei bisher auch die Frage, wer zukünftig bevorrechtigt sein solle. Entweder die Fußgänger, um eine durchgängige Fußgängerzone zu ermöglichen, oder wie bisher die Autofahrer. Über die Parkierung könne laut BM **Ilk** zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Bau- und Vergabebeschluss beschlossen werden. Jetzt aber bitte er um eine Bekräftigung des Entwurfsbeschluss gemäß der Vorlage 098/16, dem so bereits der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mehrheitlich mit nur einer Gegenstimme zugestimmt habe.

Stadtrat **Gericke** begrüßt die aktive Innenstadtentwicklung und hebt die Lindenstraße als wichtigen Bestandteil der Innenstadtgestaltung hervor. Er sehe es diesbezüglich als wichtig an, den Fußgängern den Vorrang zu gewähren, um so eine durchgängige Fußgängerzone zu schaffen.

Für Stadträtin **Liepins** stelle die Lindenstraße noch eine Art Grauzone zwischen Marstall und

Fußgängerzone dar, in der unbedingt Handlungsbedarf bestehe. Zusammen mit ihrer Fraktion stimme sie daher dem Entwurf zu. Dabei neige sie dazu, den Mittelbaumstreifen beizubehalten. Bezüglich der Parkierung könne sie sich vorstellen, komplett oder zumindest teilweise auf die Parkplätze zu verzichten. Allerdings sei aus ihrer Sicht eine Unterhaltung mit den Anwohnern über mögliche Anwohnerparkplätze notwendig.

Seine Fraktion stimme dem Entwurf ebenfalls zu, so Stadtrat **Weiss**. Dabei sei es ganz bestimmt sinnvoll, die Parkplätze auf der Schattenseite zu planen um die Sonnenseite der Straße für Ladenflächen und Gastronomie nutzen zu können.

Stadtrat **Heer** freut sich, dass der Marstall als eine der wichtigsten städtebaulichen Entwicklungen nun abgeschlossen sei. Dennoch seien im Umfeld weitere Maßnahmen durchzuführen, dazu zähle auch die Lindenstraße. Er halte eine Parkierung hier für nicht zielführend. Stattdessen müsse der Fußverkehr mehr gefördert werden, was dann wiederum zu einer höheren Aufenthaltsqualität führe, wovon der Einzelhandel profitiere. Er stimme dem Entwurf daher zu.

Zustimmung erfährt der Entwurf ebenfalls von Stadträtin **Dziubas**. Allerdings könne sie sich vorstellen, komplett auf die Parkierung zu verzichten, verstehe aber auch die Forderung nach Anwohnerparkplätzen.

Stadträtin **Burkhardt** betonte die Besonderheit und die Eigenart der Stadt Ludwigsburg als Barockstadt, die unbedingt beibehalten werden solle. Die Lindenstraße gehöre in der Denkmalliste zu den geschützten Objekten der Stadt. Durch die geplante Sanierung würde die Lindenstraße jedoch den Denkmalstatus verlieren. Darin sehe sie einen großen Verlust für die Innenstadt. Aus diesem Grund könne sie dem Entwurf nicht zustimmen.

OBM **Spec** stellt dann den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 1.3 Weitere Innenstadtentwicklung

Beratungsverlauf:

In einer kurzen Aussprache legen OBM **Spec** sowie die Vertreter der Fraktion und die Einzelstadträte ihre Einschätzung zur bisherigen Entwicklung der Innenstadt sowie die aus ihrer Sicht richtige Weichenstellung für die Zukunft dar.

Dabei betont OBM **Spec**, dass die Aufwertung der unteren Stadt noch nicht vollständig abgeschlossen sei. Im Rahmen des Sanierungsgebietes gäbe es Bereiche, die noch baulich umzusetzen seien. Für die nächste Zeit kündigt er daher Vorschläge für eine attraktive Lösung für das im nördlichen Bereich liegende „Walkerareal“ an. Und auch für das ehemalige Polizeiareal rechne er schon bald mit der Vorlage einer umsetzbaren Planung durch den Käufer. Wenn auch bereits viel erreicht worden sei, so müsse jetzt der Fokus auf den Abschnitt von der Wilhelmgalerie über den Arsenalplatz und Schillerplatz bis hin zum Bahnhof, einschließlich der Aufwertung des Bahnhofs mit Bahnhofsumfeld gelegt werden. Hier stelle sich für OBM Spec die Frage, was die Stadt Ludwigsburg in Bezug auf eine vitale und funktionierende Stadt noch tun müsse. Besonderer Schwerpunkt sei die Verkehrsführung. Er halte hier aber auch eine enge Zusammenarbeit und Unterstützung des Einzelhandels als notwendig.

Stadtrat **Noz** fordert, dass es bei der zentralen Innenstadtentwicklung weiter gehe. Er sehe

genügend Handlungsbedarf in der Innenstadt und fordere daher, dass die Aufgabe „ZIEL“ wieder mehr in den Vordergrund rücke. Für ihn sei dies gleichbedeutend mit einem Vorankommen unter anderem in den Bereichen Bahnhof, Arsenalplatz sowie Schillerplatz. Hier geht er auf die angebotene finanzielle Unterstützung der Kreissparkasse Ludwigsburg ein, diesbezüglich sehe er ein schnelles Handeln als notwendig an. Er erkenne die vergangenen Entwicklungen, wie die Rathaustiefgarage und Fußgängerzonen als sehr positiv an und fordere, dies für die Zukunft beizubehalten. Dazu erwähnt er die Parkieranlagen, die eine Entlastung für andere Bereiche schaffen könnten. Insgesamt hoffe er auf eine positive Weiterentwicklung, ähnlich wie beim Marstall.

Für Stadträtin **Liepins** stehe die Entwicklung im Bereich zwischen Wilhelmgalerie und Bahnhof im Vordergrund, wobei ihr eine schrittweise Umsetzung auch aus finanzieller Sicht wichtig sei. Sie betont, dass bereits vor 20 Jahren die Neugestaltung des Schillerplatzes diskutiert worden sei und auch zu diesem Zeitpunkt sei die Kreissparkasse zu einer finanziellen Unterstützung bereit gewesen. Bezüglich des Arsenalplatzes wäre für Stadträtin Liepins ein kompletter Verzicht auf die Parkplätze denkbar, nicht aber die teilweise Erhaltung. Im Zuge dessen würde eine neue Parkieranlage im Bereich Arsenalplatz und Schillerplatz zu besprechen sein. Stadträtin Liepins sieht die bisherigen Entscheidungen zu den Parkieranlagen im öffentlichen Bereich als durchweg positiv und gut für die Innenstadtentwicklung an. Wichtig sei es, offen in die Diskussion einzutreten. Die Umgestaltung des Bahnhofes stelle einen finanziellen Kraftakt dar. Trotzdem werde auch dieses Projekt grundsätzlich mitgetragen. Sie hoffe weiterhin auf eine Stadtbahn als attraktivere und verträglichere Alternative zum Bus.

Stadtrat **Weiss** fordert vor allem eine realistische Zeitschiene für die Entwicklung der Innenstadt. Natürlich könne noch ganz viel gemacht werden, aber zunächst brauche es doch ein schlüssiges Verkehrskonzept. Er stelle sich durchaus die Frage, in wie weit es notwendig sei, weitere Parkmöglichkeiten direkt in der Innenstadt zu schaffen, da es tatsächlich doch nur in Ausnahmefällen zu einem Parkplatzmangel käme. Fraglich sei für ihn auch, ob es tatsächlich gewollt sei, von der Wilhelmgalerie bis zum Bahnhof eine durchgängige Verkaufsmeile zu haben. Schließlich müsse es auch noch Grünoasen in der Stadt geben. Denkbar hierfür wäre zum Beispiel der Arsenalplatz, wenn nur ein Teil der Plätze weggenommen werde. Wichtig sei es, Entscheidungen zu treffen, fordert Stadtrat Weiss und macht noch einmal seine Position gegen eine Stadtbahn in der Innenstadt deutlich.

Stadtrat **Lettrari** hingegen könne sich vorstellen, mehr Geld in ein Stadtbahnkonzept zu investieren, da es so möglich sei, mehrere Stadtteile miteinander zu verbinden. Zuschüsse dafür erhoffe er sich von den Nachbargemeinden und dem Landkreis. Momentan stünden viele Möglichkeiten offen, sie müssten nur neutral geprüft werden, um dann entscheiden zu können.

OBM **Spec** beendet die Aussprache mit der Ankündigung, in absehbarer Zeit Vorschläge einschließlich einer Zeitschiene für das weitere Vorgehen vorzulegen.

TOP 1.4

Satzung über eine Veränderungssperre im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Blockinnenbereiche Bauhofstraße"

Vorl.Nr. 099/16

Beschluss:

Aufgrund von §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Satzung zur Begründung einer

Veränderungssperre beschlossen:

§ 1

Für das in § 2 bezeichnete Gebiet (räumlicher Geltungsbereich) besteht eine Veränderungssperre.

§ 2

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre wird im Wesentlichen begrenzt durch die Talstraße, die Bietigheimer Straße, den Reithausberg, die Hermannstraße, die Untere Reihausstraße sowie den Schützenplatz.

Der Geltungsbereich dieser Satzung ist im Lageplan des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 24.03.2016 dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre (§ 2) dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

§ 4

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bis dahin ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 5

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Geltungsdauer richtet sich nach § 17 Baugesetzbuch.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, bei der ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden sei.

Auf zusätzlichen Sachvortrag und Aussprache werden verzichtet. Sodann ruft OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung auf.

TOP 2 **Gewerbegebiet der Zukunft -
Handlungsempfehlungen
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Nach einer Einführung durch OBM **Spec** präsentiert Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) den Werkstattbericht einschließlich der erarbeiteten Handlungsempfehlungen zum Gewerbegebiet der Zukunft.

Die Präsentation hierzu liegt der Niederschrift bei.

Als Kernaussage hält Herr **Großmann** fest, dass mögliche, freie Gewerbeflächen zur Neige gingen und deshalb sorgfältig gewirtschaftet werden müsse. Notwendig dafür sei eine aktive Liegenschaftspolitik. Der Prozessablauf für das Gewerbegebiet der Zukunft sei klar festgelegt und setzte sich aus Analysephase (2014), Konzeptionsphase (2014-2015) sowie der schrittweisen Umsetzungsphase (2015) zusammen. Das Gebiet teile sich in 4 Teilgebiete auf, denen jeweils unterschiedliche Ziele und Leitlinien zugeschrieben seien. Aktuelles Ziel im Teilgebiet A sei es, eine dezentrale Energieversorgung zu gewährleisten sowie ein Mobilitätskonzept auf Grund der Distanz zum Bahnhof zu entwickeln. Im Teilgebiet B sei es die Umfeldgestaltung sowie das Erscheinungsbild und im Teilgebiet C gehöre zu den aktuellen Zielen die Vernetzung der energetischen Anbindung, hier konkret die Fernwärme sowie Stellplatzfläche und bessere Anbindung für Berufspendler zum Bahnhof. Für das Teilgebiet D seien besondere, imageprägende Faktoren relevant, dazu gehöre das Keppler Dreieck und der Eingang in die Weststadt. Anschließend gibt Herr Großmann noch einen kurzen Ausblick auf das weitere Verfahren.

OBM **Spec** bedankt sich bei Herrn Großmann für die Vorstellung und schließt sodann den Tagesordnungspunkt nachdem keine Wortmeldungen vorliegen.

TOP 3 **Masterplan 6
- Aktualisierung Strategisches Ziel: Flüchtlinge
und Asylbewerber
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** informiert anhand einer Präsentation über die aktuelle Flüchtlings- und Asylbewerbersituation in Ludwigsburg. Seine Ausführungen werden ergänzt durch die Berichte von Vertretern verschiedener Organisationen, die auf unterschiedliche Weise unterstützend tätig sind. In seinem Bericht geht er darauf ein, dass bereits 2014 das Ankommen und die

Unterbringung von Flüchtlingen in Ludwigsburg aktiv gestaltet worden sei, obwohl die vorläufige Unterbringung Aufgabe des Kreises sei. Seit dem Herbst 2014 sei dieses Schwerpunktthema im Masterplan verankert. Er hebt die hervorragende Arbeit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Organisationen und Institutionen hervor. Das strategische Ziel „Willkommenskultur“ sei in den letzten Monaten konkret ausgearbeitet und in das Steuerungssystem der Verwaltung mit aufgenommen worden. Ziel sei es, menschenwürdiges Wohnen zu gestalten und bedarfsgerechte Betreuung sicher zu stellen. Einzelne Maßnahmen hierzu seien bereits durchgeführt worden, wie zum Beispiel die Veranstaltungen „Zukunftskonferenz“ und „Forum Flüchtlinge“. Anschließend berichtet er über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Ludwigsburg und stellt die augenblickliche Unterbringungssituation dar. Dabei weist er ausdrücklich darauf hin, dass die genannten Zahlen praktisch fast täglichen Änderungen unterworfen seien. Der von der Stadt eingeschlagene Weg, verbunden mit situativem Handeln, bestätige sich dabei. Weiter zeigt EBM Seigfried den klassischen Ablauf von der Ankunft der Menschen in Deutschland bis hin zur Aufenthaltsgenehmigung und Unterbringung in Anschlussunterkünften auf. Für die Betreuung der Flüchtlinge sei dann noch immer der Landkreis zuständig, weshalb laut Betreuungsquote ein Sozialarbeiter für knapp 400- 500 Flüchtlinge zuständig sei. Genau hier bestehe hoher Handlungsbedarf, um eine gute Integrationsarbeit sowie eine bedarfsgerechte Betreuung zu gewährleisten. Deshalb mobilisiere die Stadt Ludwigsburg zusätzlich eigene Kräfte und auch die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH sei hier durch ihre Sozialarbeiterin Frau Hallers vertreten. EBM Seigfried hebt die darüber hinaus unerlässliche Hilfe durch unzählige Ehrenamtliche der Kirchengemeinden, Wohlfahrtsorganisationen sowie weiteren Einrichtungen hervor und begrüßt hierzu stellvertretend Herrn **Schrödel**, den Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Ludwigsburg, Frau **Maier-Lidle**, von der ökumenische Fachstelle Asyl und Frau **Aiemut** als Vorsitzende der eritreischen Gemeinschaft im Kreis Ludwigsburg e.V. und Mitglied im Integrationsbeirat, die dem Gremium von ihrer Arbeit und den dabei gemachten Erfahrungen berichten.

Ergänzend hierzu erwähnt EBM **Seigfried** lobend die muslimische Gemeinde, die sich in ähnlicher Art und Weise engagierte. Er sei begeistert von der Mitsprache und dem Mitwirken der Einwohnerinnen und Einwohner Ludwigsburgs und wünsche sich auch für die Zukunft eine solche Beteiligung.

Doch auch die zunehmende Zahl an Kindern in Ludwigsburg fordere zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Betreuung, so EBM Seigfried weiter. Bereits 40 Kinder hätten einen Kindertageseinrichtungsplatz erhalten, weitere 15 Kinder befänden sich auf der Warteliste. Zusätzlich seien Vorbereitungsklassen eingerichtet worden. Einen dringenden Bedarf erkenne EBM Seigfried im weiteren Ausbau von Berufsvorbereitungsklassen in den Berufsschulen sowie der Einrichtung von Vorbereitungsklassen in Gymnasien. Ein deutlicher Ausbau der Sprach- und Integrationskurse habe sich auch bei der Volkshochschule ergeben. Seiner Meinung nach würden sich die besten Erfolgchancen für Integration dort ergeben, wo bereits soziale Kontakte, gute Sprachkenntnisse und ein sozialer Anschluss bestünden. Er sehe die Stadt Ludwigsburg im Bereich Öffentlichkeitsarbeit gut aufgestellt. Besonders durch neue Modelle wie „Help-to“. Zudem wurde das Kompetenzteam „Flüchtlinge“ eingerichtet, das sich aus Mitarbeitern unterschiedliche Fachbereiche der Verwaltung zusammensetze. Dieses Kompetenzteam beschäftige sich hauptsächlich mit der Anschlussunterbringung und organisatorischen Aufgaben. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche und nicht ausschließlich lokale Aufgabe, schließt EBM Seigfried seinen Bericht und bedankt sich besonders bei den Mitgliedern des Gemeinderates und allen Ehrenamtlichen für ihre Unterstützung.

OBM Spec honoriert das besondere Engagement aller in diesem Bereich Tätigen und betont, dass sich hier wahre christliche Werte durch aktives, christliches Tun zeigten und er einer positiven Entwicklung entgegen sehe.

Stadtrat Dr. **Vierling** sehe für Flüchtlinge in Ludwigsburg Chancen und Möglichkeiten, sowie freundliche und engagierte Menschen. Ein besonderer Dank gehe an die verschiedenen Arbeitskreise, Einrichtungen und Organisationen sowie an die Verwaltung. Er sei froh über neue Möglichkeiten der Unterbringung wodurch auf die Hallenunterbringung zukünftig verzichtet

werden könne. Stadtrat Dr. Vierling hält ein schnelles Erlernen der Sprache und eine gute Integration für essentiell.

Stadtrat **Herrmann** lobt das rasche und zielgerichtete Agieren der Stadt Ludwigsburg in Bezug auf die Unterbringung, die erhöhte Polizeipräsenz und die Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt. Dennoch seien bestehende Ängste und Sorgen der Bürger wahrzunehmen. Diese müssten ernst genommen werden. Er hätte sich deshalb für die Informationsveranstaltung im Forum einen früheren Zeitpunkt gewünscht.

Stadtrat **Daferner** bedankt sich ebenfalls für das hohe Engagement. Er halte besonders die Bekämpfung der Fluchtursachen für wichtig. Angesichts des demographischen Wandels sei die Zuwanderung für den Arbeitsmarkt aber auch wichtig. Für weiterhin erforderlich halte er Transparenz, Information und Bürgerbeteiligung.

Stadtrat **Dengel** schließt sich dem Lob an und hebt besonders das große Engagement der Ehrenamtliche sowie die gute Kommunikation hervor, die er als Grund für eine gelungene Zusammenarbeit sehe.

Stadtrat **Eisele** bedankt sich bei EBM Seigfried für sein Engagement und hebt besonders die Bereitschaft und Kompetenz hervor, jederzeit Auskunft zur Flüchtlingssituation geben zu können. Ebenso danke er allen Freiwilligen, die sich mit einbrächten. Die Unterbringung junger Männer auf engsten Raum sei nicht optimal, weshalb er über zusätzliche Unterbringungen froh sei. Stadtrat Eisele sieht die Stadt Ludwigsburg auf einem guten Weg, bei dem aber alle aufgefordert seien, ihren Teil zur Integration beizutragen.

Stadtrat **Kube** dankt allen Ehrenamtlichen und äußert sich besorgt über die Gefahren, denen sich die Menschen auf ihrer Flucht aussetzen müssten.

Stadträtin **Burkhardt** zeigt sich beeindruckt von dem hohen Engagement in Ludwigsburg, wodurch eine bessere Betreuung der Flüchtlinge möglich sei. Ein besonderer Schwerpunkt für eine gute Integration sei es, die Bereitschaft zum Lernen der deutschen Sprache zu fördern und entsprechende Angebote bereit zu stellen.

OBM Spec dankt dem Gemeinderat für seine Unterstützung, die es möglich mache schnell reagieren und damit helfen zu können.

TOP 4

**Besetzung des Interkommunalen Ausschusses
Ludwigsburg - Kornwestheim**

Vorl.Nr. 096/16

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss Ludwigsburg – Kornwestheim wird seitens der Stadt Ludwigsburg auf Vorschlag der im Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg vertretenen Fraktionen und Gruppierung gemäß § 41 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) mit je einem Vertreter / Vertreterin und einem Stellvertreter/ Stellvertreterin wie folgt besetzt:

	Mitglieder	Stellvertreter
CDU	Klaus Herrmann	Reinhold Noz

Grüne	Andreas Kasdorf	Dr. Christine Knoß
SPD	Margit Liepins	Dr. Daniel O`Sullivan
FW	Reinhardt Weiss	Hermann Dengel
FDP	Jochen Eisele	Johann Heer
LINKE	Claudia Dziubas	Oliver Kube

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
 Stadtrat Haller (entschuldigt)
 Stadtrat Köhle (entschuldigt)
 Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
 Stadträtin Moersch (entschuldigt)
 Stadtrat Dr. O`Sullivan (entschuldigt)
 Stadtrat Seybold (entschuldigt)
 Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 32 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** meldete sich zu Wort und teilt mit, dass sie bezüglich der Zusammensetzung des Interkommunalen Ausschusses die Aufsichtsbehörden gebeten habe, die Vorlage 096/16 sowie deren Begründung zu überprüfen und damit zusammenhängende Fragen zu klären. Sie könne dem Beschluss daher nicht zustimmen.

Sodann ruft OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung auf.

TOP 5

**Änderung der Besetzung des
 Stadteilausschusses Eglosheim**

Vorl.Nr. 115/16

Beschluss:

Gemäß den Bedingungen für Stadteilausschüsse vom 17.01.1997 wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion vom 23.03.2016

Frau Jutta Seyfang, Katharinenstraße 38, 71634 Ludwigsburg-Eglosheim

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Eglosheim berufen. Das bisherige Mitglied, Frau Gabriele Seyfang scheidet aus dem Stadtteilausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Dr. O`Sullivan (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem Seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet werden ruft OBM **Spec** den Beschluss der Vorl. Nr. 115/16 zur Abstimmung auf.

TOP 6

Grundsatzentscheidung zur Einführung der digitalen Gremienarbeit

Vorl.Nr. 095/16

Beschluss:

1. Für den Sitzungsbetrieb der beschließenden Ausschüsse und des Gemeinderates der Stadt Ludwigsburg wird nach der Sommerpause 2016 die digitale Gremienarbeit als Standardarbeitsweise eingeführt.
2. Nach der vorangegangenen Testphase mit allen Beteiligten des Sitzungsbetriebes stimmt der Gemeinderat der Weiterführung des erprobten Konzeptes zu. Die notwendigen Lizenzen für den laufenden Betrieb der Mandatos2 App werden beschafft und die Wartungsverträge für die Softwarepflege um dieses Modul erweitert.
3. Die Testphase wird für alle Mitglieder des Gemeinderates bis zur Sommerpause verlängert. Bis zum 31.07.2016 wählt jede Stadträtin/jeder Stadtrat mit Wirkung zum 01.09.2016 zwischen digitaler Gremienarbeit und Papierversand.

4. Mit der Einführung der digitalen Gremienarbeit orientiert sich die Einberufung der Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse an der digitalen Form. Alternativ werden gedruckte Tagesordnungen versendet. Die für die Beratung erforderlichen Unterlagen werden den Mitgliedern des Gemeinderates unter Nutzung der Mandatos2 App künftig digital zur Verfügung gestellt (Standard). Solange der Bedarf gegeben ist, wird der Papierversand als alternative Bezugsmöglichkeit für Sitzungsunterlagen aufrechterhalten. Die Regelungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates werden nach Abschluss der verlängerten Testphase entsprechend angepasst und gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Dr. O`Sullivan (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 32 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung bei der der einstimmige Empfehlungsbeschluss zur Einführung der digitalen Gremienarbeit gefasst worden sei.

Stadträtin **Burkhardt** teilt mit, dass sie den Beschluss ablehne. Sie könne keinen deutlichen, persönlichen Vorteil bei der Nutzung des Tablets erkennen. Zudem halte sie eine papierlose Gemeinderatsarbeit für eine Illusion.

Stadträtin **Kreiser** bedankt sich bei Herrn Schinnerling von der Geschäftsstelle Gemeinderat für seine Arbeit während der Testphase. Da es aber auch in Zukunft noch Beratungsbedarf gebe und auch technischer Unterstützung bedürfe, müsse dies zeitlich auch weiterhin gewährleistet sein.

Stadtrat **Lettrari** äußert sich begeistert von der digitalen Gremienarbeit und der damit verbundenen einfachen Handhabung, die Sitzungsunterlagen flexibel abrufen zu können.

OBM **Spec** freut sich über die große Offenheit mit der an die Einführung der digitalen Gremienarbeit herangegangen worden sei und ruft zur Beschlussfassung auf.

Abweichender Beschluss:

1. Der Jahresabschluss Haushalt 2015 für das Kulturprogramm im Forum am Schlosspark wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Zuschuss für das Kulturprogramm im Forum am Schlosspark für das laufende Jahr 2016 wird von 270.000 Euro auf 300.000 Euro erhöht.
3. Der Mehraufwand für 2016 wird aus der Deckungsreserve gedeckt.
4. Es werden im Haushaltsansatz 2015 überplanmäßige Mehrausgaben in Höhe von 19.647,54 Euro für das Kulturprogramm 2013 und früher, 68.602,50 Euro für das Kulturprogramm 2014, 319.475,87 Euro für das Kulturprogramm 2015, sowie 36.533,09 Euro im Vorgriff auf das Kulturprogramm 2016 bewilligt, damit insgesamt 444.259,- Euro. *Die Mehraufwendung wird gedeckt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer den Haushalt.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Florian Lutz (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Remmele (entschuldigt)
Stadtrat Dr. O`Sullivan (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** informiert über die im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung stattgefundene Vorberatung und übergibt dann das Wort an Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur), die zunächst auf das im Haushaltsjahr 2015 entstandene Defizit eingeht und die Ursachen dafür nennt. Diese lägen begründet in der Abgrenzung zu den Vorjahren, steigenden Kosten im Bereich der Technik und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Nebenkosten und der Kalkulation zur Eigenproduktion „NIXE“. Diese Mehrkosten hätten bedauerlicherweise nicht durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden können. Trotzdem stünde sie hinter dem Programm, das besonders in den letzten Jahren an Qualität dazu gewonnen habe und zu einer Auslastung von 85 % führe. Zudem habe damit der Anteil an jungem Publikum ausgebaut werden können. Für das Spieljahr 2016 seien Maßnahmen getroffen worden, um die Kosten einzugrenzen.

Stadträtin **Kreiser** lobt das hochwertige Programm und betont die Wirkung dessen über die Grenzen der Region hinaus. Dennoch mache ihr die Kostenentwicklung Sorgen. Für bedenklich halte sich auch den Rückgang an Spendeneinnahmen. Trotzdem zeigt sie sich überzeugt davon, dass der richtige Weg gefunden werde, besonders auch durch die angekündigten Einsparmaßnahmen.

Der Jahresabschluss sei wenig erfreulich, so Stadtrat Dr. **Vierling**. Die Kostenentwicklung sei durch die Darstellung von Frau Richert aber durchaus nachvollziehbar. Das Projekt „NIXE“ sei für ihn trotz der hohen Kosten ein herausragendes Projekt. Der hohe Mitteleinsatz im Bereich der Technik zeige einen möglichen Investitionsrückstau, was in den nächsten Jahren zu noch höheren Kosten führen könne. Die neue Niedrigpreisklasse für Schüler, Schülerinnen und Studierende rechtfertige einen Preisanstieg der anderen Preisklassen um so einen Kostenausgleich erzielen zu können. Er stimmte der Vorlage zu.

Ebenso Stadträtin **Deetz**, die sich darüber hinaus einen Wirtschaftsplan wünsche, der mehr Puffer beziehungsweise realistischere Kalkulationen enthalte. Außerdem halte sie es für sinnvoll, Sponsorengelder erst dann fest einzuplanen, wenn sie tatsächlich auch fest zugesagt seien. Sie wünsche sich aber unbedingt auch weiterhin Mut zu Eigenproduktionen wie der „NIXE“ und die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus und eines attraktiven Angebotes.

Ein Mehraufwand in Höhe von 440.000 Euro sei keine Kleinigkeit und dürfe nicht wieder vorkommen, betont Stadtrat **Weiss**. Er fordere, die Anzahl der Veranstaltungen zu überdenken sowie ein finanziell passendes Programm zusammen zu stellen. Er schlage außerdem vor, die Sponsoren mehr mit in die Gestaltung einzubeziehen um so vielleicht noch weitere gewinnen zu können. Trotzdem kündigt er die Zustimmung zur Vorlage an.

Stadtrat **Eisele** betont die Wichtigkeit von Kunst und Kultur und dass dies immer auch mit Kosten verbunden sei. Bei einem Kostenanstieg von mehr als 50% hätte die Rückmeldung an den Gemeinderat aber unbedingt frühzeitiger erfolgen müssen. Die dafür nun gelieferte Begründung sei ihm außerdem zu wenig detailliert. Er sehe das Problem vor allem in Fehlplanungen in Bezug auf die Technikkosten sowie die niedrigeren Einnahmen beim Projekt „NIXE“ das hauptsächlich von Studierenden und Schüler, Schülerinnen besucht worden sei. Er stimme der Vorlage zwar zu, fordere aber, solche Abweichungen künftig zu vermeiden.

Stadträtin **Dziubas** unterstreicht, wie wichtig ein gutes Kulturprogramm sei und stimmt der Erhöhung der Eintrittsgelder zu. Sie werde sich bei der Abstimmung jedoch enthalten, da die Angebote nicht ausschließlich für Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger seien sondern auch Menschen von außerhalb davon profitierten. Sie vertrete jedoch ganz klar die Meinung, dass solche Gelder eher für soziale Programme in Ludwigsburg verwendet werden sollten.

Ein kulturelles Angebot besonders in dieser Qualität koste nun einmal Geld, betont Stadträtin **Burkhardt**. Dies hätte für alle absehbar gewesen sein müssen, als man sich für das Forum entschieden habe. Sie halte die Mehrkosten für plausibel, da die Kosten in allen Bereichen stetig steigen würden. Um Kosten einzusparen, sehe sie eine Reduzierung des Angebots für notwendig, werde der Vorlage aber zustimmen.

Auf Vorschlag von Stadträtin **Kreiser** wird der Beschluss unter Ziffer 4 dahingehend geändert, dass die Deckung der Mehraufwendung nicht über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, sondern allgemein über den Haushalt gedeckt wird. Mit dieser Änderung stellt OBM **Spec** den Beschluss zur Abstimmung.

**- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige
Beteiligung der Öffentlichkeit und der
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher
Belange**

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Ingersheimer Straße West“ Nr. 074/15 in Eglosheim wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 24.03.2016 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung eines Wohngebietes mit einer individuellen Reihenhausbauung.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.



- IV. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (entschuldigt)
Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadtrat Köhle (entschuldigt)
Stadtrat Florian Lutz (entschuldigt)
Stadtrat Volker Lutz (entschuldigt)
Stadträtin Moersch (entschuldigt)
Stadtrat Remmele (entschuldigt)
Stadtrat Dr. O`Sullivan (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadträtin Dr. Traub (entschuldigt)

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** berichtet über die im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt stattgefundene Vorberatung und bestätigt auf Nachfrage von Stadtrat **Link** dass das Bebauungsplanverfahren wie vorgestellt durchgeführt werde.

Das Gremium nimmt die Aussage von Stadträtin **Burkhardt** zu diesem Bebauungsplanverfahren zur Kenntnis, die sie auch bereits im Rahmen der Vorberatungen geäußert habe.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

TOP 9

**Sanierung und Neugestaltung Comburgstraße
- Entwurfs- und Baubeschluss**

Vorl.Nr. 086/16

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** informiert darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt aufgrund der vorhergehenden Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vertagt werde.

Anschließend schließt er die Sitzung des Gemeinderates.